

Bericht nach dem Selbstbestimmungsstärkungsgesetz (SbStG)

des/der Kreises/kreisfreien Stadt

Rendsburg-Eckernförde

Berichtszeitraum

von

2017

bis

2018

- I. Einleitung (optional)

- II.
 1. Anzahl der Einrichtungen/Plätze/Prüfungen
 - 1.1 Jährlich zu prüfende stationäre Einrichtungen
 - 1.2 Nur aus besonderem Anlaß zu prüfende Einrichtungen
 - 1.3 Besondere Wohn-, Pflege und Betreuungsformen

 2. Personal in den Einrichtungen

 3. Tätigkeit der Aufsichtsbehörde
 - 3.1 Beratungen
 - 3.2 Mängelberatungen
 - 3.3 Beschwerden
 - 3.4 Ordnungsrechtliche Verfügungen

 4. Aufsicht und Arbeitsgemeinschaften
 - 4.1 Personal in der Aufsichtsbehörde
 - 4.2 Arbeitsgemeinschaften

 5. Mitwirkung und Mitbestimmung

- III. Anhang

I. Einleitung:

Rechtsgrundlagen für das Handeln der Aufsichtsbehörde sind das Selbstbestimmungsstärkungsgesetz (SbStG) und die Landesverordnung über stationäre Einrichtungen nach dem SbStG (SbStG-Durchführungsverordnung -SbStG-DVO-), sowie die dazu erlassenen Ausführungsanweisungen.

Die vertraglichen Regelungen zwischen der Einrichtung und den Bewohner/innen werden in einem Bundesgesetz, dem Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (WBVG), geregelt.

Zweck des SbStG und der SbStG-DVO ist die Verwirklichung der Rechte von Menschen mit Pflegebedarf oder Behinderung auf Teilhabe am Leben in der Gesellschaft, auf den Schutz ihrer Würde und Privatheit sowie die Sicherung einer fachlich fundierten Qualität des Wohnens und der Pflege und Betreuung.

Die Aufsichtsbehörden der Kreise und kreisfreien Städte beraten Bewohnerinnen und Bewohner von Einrichtungen, deren Angehörige oder Betreuerinnen und Betreuer sowie Einrichtungsträger und Beschäftigte über ihre Rechte und Pflichten. Sie informieren und beraten Interessierte auch über andere Wohn-, Pflege- und Betreuungsformen.

Eine weitere Aufgabe der Aufsichtsbehörde ist die Prüfung von Einrichtungen.

Stationäre Einrichtungen, in denen volljährige Menschen mit Pflegebedürftigkeit oder Behinderung auf Dauer wohnen und Leistungen der Pflege und Betreuung sowie hauswirtschaftliche Versorgung erhalten, werden grundsätzlich einmal jährlich geprüft. Diese Prüfung bezieht sich auf die unmittelbaren Rahmenbedingungen der Leistungserbringung (Strukturqualität), den Ablauf, die Durchführung und Evaluation der Leistungserbringung (Prozessqualität) und auf die Erzielung eines fachgerechten individuellen Pflege- und Betreuungszustandes und der Lebensqualität (Ergebnisqualität).

Der Schwerpunkt der Überprüfung soll gem. § 20 Abs. 1 SbStG auf der Struktur- und Prozessqualität liegen. Das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung hat hierfür, um eine möglichst einheitliche Durchführung der Prüfungen zu gewährleisten, eine Prüfrichtlinie gem. § 20 Ab. 9 SbStG erlassen.

Die Prüfungen werden in der Regel unangemeldet durchgeführt, da die Aufsichtsbehörde so den besten Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse der jeweiligen stationären Einrichtung erhalten kann, ohne dass auf die Prüfung orientierte Vorbereitungsmaßnahmen in den Einrichtungen vorgenommen werden können. In den Einrichtungen für volljährige Menschen mit Pflegebedarf werden je nach Größe der Einrichtung unangemeldete, gleichzeitige und arbeitsteilige Prüfungen mit dem Medizinischen Dienst angestrebt.

Es gibt jedoch auch Situationen, in denen eine angemeldete Prüfung sinnvoll erscheint, um die Voraussetzungen für eine angemessene gründliche Prüfung zu schaffen (z. B. wenn die Anwesenheit der Bewohnerinnen und Bewohner oder bestimmter Leitungskräfte, Zugänglichkeit der Unterlagen, Einbeziehung des Beirats oder der Bewohnerfürsprecherin oder des Bewohnerfürsprechers notwendig erscheint).

In Einrichtungen der Tages- und Nachtpflege, der Kurzzeitpflege, Hospize und besonderen Wohn-, Pflege- und Betreuungsformen finden keine Regelprüfungen statt. Es wird nur an-

lassbezogen geprüft, wenn es Hinweise, Beschwerden oder Erkenntnisse anderer Stellen gibt, dass der Träger die Anforderungen gemäß § 12 nicht erfüllt.

Für selbstverantwortlich geführte Wohn- und Hausgemeinschaften gelten die ordnungsrechtlichen Teile des Gesetzes nicht.

Werden in einer Einrichtung Mängel festgestellt, erfolgt zunächst gegenüber dem Träger und den Leitungen der Einrichtung eine Beratung gem. § 22 SbStG über die Möglichkeiten zur Abstellung der Mängel. Werden festgestellte Mängel auch nach einer Beratung nicht abgestellt, können Maßnahmen wie Anordnungen nach § 23, ein Beschäftigungsverbot nach § 24 oder eine Betriebsuntersagung nach § 25 folgen.

Zudem wird bereits vor Ort mündlich beraten. Dem folgt grundsätzlich eine schriftliche Rückmeldung des Prüfungsergebnisses nebst Mängelberatung. In einigen Fällen werden zusätzlich unangemeldete Nachkontrollen bzw. weitere Kontrollen aufgrund erneuter Beschwerden erforderlich.

Die Aufsichtsbehörden nach dem Selbstbestimmungsstärkungsgesetz berichten gem. §18 Abs. 4 alle zwei Jahre über ihre Tätigkeit, die Situation der stationären Einrichtungen sowie die Lebenssituation der betroffenen Menschen mit Pflegebedarf oder Behinderung (Tätigkeitsbericht).

Die Struktur der Tätigkeitsberichte wird vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung festgelegt, um eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Aus den Tätigkeitsberichten der Aufsichtsbehörden der Kreise und der kreisfreien Städten erstellt das Ministerium einen Landesbericht.

Grundlage der Berichterstattung sind die Daten, die durch die Aufsichtsbehörde im Zuge ihrer Aufgabenwahrnehmung gewonnen werden. Diese Daten werden in der Regel fortlaufend aktualisiert und haben damit keinen einheitlichen Stichtag.

II. 1. Einrichtungen/Plätze/Prüfungen

1.1 Jährlich zu prüfende stationäre Einrichtungen (§ 7 Abs. 1 SbStG)

Hinweis: Stichtag der Datenerhebung ist der Tag der Regelprüfung

| Einrichtungsart | Anzahl der stat. Einrichtungen | Vorgehaltene Plätze | Belegte Plätze | Durchgeführte Regelprüfungen | davon mit dem MDK | Erteilte Verzichte von der Regelprüfung | Prüfquote | Durchgeführte Anlassprüfungen |
|-----------------|--------------------------------|---------------------|----------------|------------------------------|-------------------|---|-----------|-------------------------------|
| 1. Berichtsjahr | | | | | | | | |
| Altenpflege | 54 | 3422 | 3148 | 53 | 1 | | 98,1% | 16 |
| EGH | 45 | 1201 | 1140 | 32 | | | 71,1% | 4 |
| gesamt | 99 | 4623 | 4288 | 85 | | 0 | 85,9% | 20 |
| 2. Berichtsjahr | | | | | | | | |
| Altenpflege | 53 | 3421 | 3150 | 41 | 1 | | 77,4% | 31 |
| EGH | 42 | 1168 | 1132 | 12 | | | 28,6% | 3 |
| gesamt | 95 | 4589 | 4282 | 53 | | 0 | 55,8% | 34 |

1.2 Nur aus besonderem Anlaß zu prüfende Einrichtungen (§7 Abs. 2 SbStG)

Hinweis: Stichtag der Datenerhebung ist der jeweils letzte bekannte Stand

| Einrichtungsart | Anzahl der Einrichtungen | Vorgehaltene Plätze | Anzahl der Einrichtungen | Vorgehaltene Plätze |
|-----------------|--------------------------|---------------------|--------------------------|---------------------|
| 1. Berichtsjahr | | 2. Berichtsjahr | | |
| Tagespflege | 16 | 255 | 18 | 292 |
| Nachtpflege | | | | |
| Kurzzeitpflege | | | | |
| Altenheime | | | | |
| Hospize | 1 | 10 | 1 | 10 |
| gesamt | 17 | 265 | 19 | 302 |

Gab es im Berichtszeitraum anlassbezogene Prüfungen?

1. Berichtsjahr

2. Berichtsjahr

Ggf. Erläuterung:

1.3 Besondere Wohn-, Pflege- und Betreuungsformen (§ 8 SbStG)

Hinweis: Stichtag der Datenerhebung ist der jeweils letzte bekannte Stand

| | Anzahl der angezeigten WG's | Angezeigte Plätze | Anzahl der angezeigten WG's | Angezeigte Plätze |
|--------------------|---------------------------------|----------------------------------|---------------------------------|----------------------------------|
| 1. Berichtsjahr | | | 2. Berichtsjahr | |
| Wohngemeinschaften | <input type="text" value="11"/> | <input type="text" value="135"/> | <input type="text" value="12"/> | <input type="text" value="140"/> |

Gab es im Berichtszeitraum anlassbezogene Prüfungen?

1. Berichtsjahr

2. Berichtsjahr

Ggf. Erläuterung:

2. Personal in den stationären Einrichtungen (§ 10 SbStG-DVO)

Hinweis: Stichtag der Datenerhebung ist der Tag der Regelprüfung

| Einrichtungen in denen die FKQ* gilt | Erfüllung der FKQ | FKQ 40- <50% | FKQ <40% | Be-freiungen (§ 10 Abs. 2 SbStG-DVO) |
|--------------------------------------|-------------------|--------------|----------|--------------------------------------|
| 1. Berichtsjahr | | | | |
| Altenpflege | 31 | 18 | 4 | |
| EGH | 32 | | | |
| gesamt | 63 | 18 | 4 | 0 |
| 2. Berichtsjahr | | | | |
| Altenpflege | 19 | 16 | 6 | 1* |
| EGH | 12 | | | |
| gesamt | 31 | 16 | 6 | 0 |

Ggf. Erläuterungen:

* Antrag in 2018 gestellt, noch nicht beschieden

Die Einrichtungen haben zunehmend Schwierigkeiten Leitungskräfte und Fachpersonal zu finden und müssen deshalb zunehmend auf die Dienste von Zeitarbeitsfirmen und Honorarkräften zurückgreifen. Auch durch Mehrarbeits- und Überstunden werden personelle Engpässe ausgeglichen.

*FKQ (= Fachkraftquote): Nach § 10 Abs. 1 SbStG-DVO muss mindestens die Hälfte des weiteren mit den Leistungsträgern vereinbarten Personals für Betreuung und Pflege Fachkräfte sein.

3. Tätigkeit der Aufsichtsbehörde

3.1 Beratungen (§ 3 Abs. 2 SbStG)

Hinweis: Beratungen beziehen sich auf einen Gegenstand bzw. ein Ereignis und/oder sind an einen Empfängerkreis gerichtet. Die Beratung kann ggf. mehrere Beratungsaktivitäten umfassen. Es sind jeweils die wichtigsten Schwerpunkte zu nennen.

| | 1. Berichtsjahr | 2. Berichtsjahr |
|-----------------------|----------------------------------|---------------------------------|
| Anzahl der Beratungen | <input type="text" value="110"/> | <input type="text" value="96"/> |

Beratungsschwerpunkte im Berichtszeitraum:

Es wurden Beratungen zu vielfältigen Themen durchgeführt. Insbesondere die schwierige personelle Situation führte zu Beratungsbedarf bei den Trägern der Einrichtungen.

3.2 Mängelberatungen (§ 22 SbStG)

Anzahl der Mängelberatungen

| | 1. Berichtsjahr | 2. Berichtsjahr |
|-------------|----------------------------------|----------------------------------|
| Altenpflege | <input type="text" value="90"/> | <input type="text" value="102"/> |
| EGH | <input type="text" value="36"/> | <input type="text" value="17"/> |
| gesamt | <input type="text" value="126"/> | <input type="text" value="119"/> |

Art der bei den Prüfungen am häufigsten vorgefundenen Mängel in der Altenpflege:

Hinweis: Zutreffendes bitte ankreuzen, max. 3 Kreuze je Berichtsjahr

| | 1. Berichtsjahr | 2. Berichtsjahr |
|---|-------------------------------------|-------------------------------------|
| 1. Wohnqualität der Einrichtung | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 2. Konzeption und Qualitätsmanagement | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 3. Umgang mit Beschwerden | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 4. Hauswirtschaftliche Versorgung | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 5. Vernetzung, Teilhabe und soziale Betreuung | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 6. Wahrung der Grundrechte | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 7. Aufbauorganisation | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 8. Personalstruktur und -qualifizierung | <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> |
| 9. Personaleinsatz | <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> |
| 10. Finanzen | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

| | | |
|---|-------------------------------------|-------------------------------------|
| 11. Informationspflichten | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 12. Mitwirkung und Mitbestimmung | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 13. Die Freiheit einschränkende Maßnahmen | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 14. Arzneimittelversorgung | <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> |
| 15. Ergebnisqualität | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

Ggf. Erläuterungen:

Schwerpunkt der Mängelberatungen sind mit Abstand Mängel in der personellen Besetzung und in der Arzneimittelversorgung gewesen. Insbesondere die angespannte personelle Situation war größtenteils Ursache der Mängel in der Pflegequalität.

Art der bei den Prüfungen am häufigsten vorgefundenen Mängel in EGH-Einrichtungen:

Hinweis: Zutreffendes bitte ankreuzen, max. 3 Kreuze je Berichtsjahr

| | 1. Berichtsjahr | 2. Berichtsjahr |
|--|-------------------------------------|-------------------------------------|
| 1. Wohnqualität der Einrichtung | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> |
| 2. Konzeption und Qualitätsmanagement | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 3. Umgang mit Beschwerden | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 4. Hauswirtschaftliche Versorgung | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 5. Vernetzung, Teilhabe und soziale Betreuung | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 6. Wahrung der Grundrechte | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 7. Aufbauorganisation | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 8. Personalstruktur und -qualifizierung | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 9. Personaleinsatz | <input checked="" type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> |
| 10. Finanzen | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 11. Informationspflichten | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 12. Mitwirkung und Mitbestimmung | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 13. Die Freiheit einschränkende Maßnahmen | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 14. Prozessqualität | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| 15. Umgang mit die Gesundheit gefährdenden Situationen | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

16. Arzneimittelversorgung

17. Ergebnisqualität

Ggf. Erläuterungen:

Der Pflegebedarf der Menschen in diesen Einrichtungen nimmt aufgrund des zunehmendem Alters und dem Grad der Behinderung zu. Für das überwiegend pädagogische Fachpersonal ist daher der Umgang mit die Gesundheit gefährdenen Situationen eine Herausforderung.

3.3 Beschwerden

Hinweis: Eine Beschwerde ist eine offene Reaktion auf eine enttäuschte Leistungserwartung. Anfragen fallen nicht hierunter.

Anzahl der bei der Aufsicht

eingegangenen Beschwerden

1. Berichtsjahr

2. Berichtsjahr

Altenpflege

45

88

EGH

15

11

gesamt

60

99

3.4 Ordnungsrechtliche Verfügungen (§§ 23-25, 29 SbStG)

(Z.B. Anordnungen, Beschäftigungsverbote, Untersagungen, Ordnungswidrigkeiten)

1. Berichtsjahr

2. Berichtsjahr

Anzahl der ordnungsrechtlichen

7

5

Verfügungen

Art der ordnungsrechtlichen Verfügungen:

Ordnungswidrigkeiten wegen nicht richtiger bzw. nicht vollständiger Auskünfte
Anordnung (Belegungsstopp, Arzneimittelversorgung und Pflegequalität)

4. Aufsicht und Arbeitsgemeinschaften

4.1 Personal in der Aufsichtsbehörde in Vollzeitstellenanteilen

Hinweis: Stichtag der Datenerhebung ist der 31.12. des jeweiligen Berichtsjahres

| | 1. Berichtsjahr | 2. Berichtsjahr |
|--|-----------------|-----------------|
| Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter | 1,31 | 2,31 |
| Eigene Fachkräfte (z. B. Pflegefachkräfte, Sozialpädagogen) | 1,5 | 1,86 |

4.2 Arbeitsgemeinschaften

Hinweis: Darstellung der Zusammensetzung der Arbeitsgemeinschaft nach § 19 Abs. 2 SbStG sowie der Zusammenarbeit der Aufsicht mit den anderen AG-Mitgliedern und anderen Aufsichtsbereichen

Die Arbeitsgemeinschaft nach § 19 SbStG setzt sich zusammen aus der Aufsichtsbehörde und Vertretern der Pflegekassen, deren Landesverbänden, dem Medizinischen Dienst und den zuständigen Trägern der Sozialhilfe.

Sie soll mit anderen öffentlichen Stellen vertrauensvoll zusammenarbeiten und bei Bedarf Vertreterinnen und Vertreter dieser Stellen zu Sitzungen hinzuziehen. In § 19 Abs. 3 SbStG werden folgende öffentliche Stellen benannt: Zuständige Dienststellen für die Brandverhütungsschau, Bauaufsicht, Betreuungsbehörden, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Verbände der freien Wohlfahrtspflege, Träger von Einrichtungen und deren Vereinigungen, Verbände und Interessensvertretungen der Bewohnerinnen und Bewohner und des Verbraucherschutzes, Verbände der an der Pflege und Betreuung beteiligten Berufsgruppen

Thematisiert werden u. a. gemeinsame Prüfungen, die Umsetzung des SbStG und der SbStG-Durchführungsverordnung (SbStG-DVO).

Ebenso wichtig ist der regelmäßige Austausch von Informationen auch außerhalb der Sitzungen, da bestimmte Situationen z.B. Auftreten gravierender Pflegemängel, Trägerwechsel und/oder erheblicher personeller Unterbesetzung ein abgestimmtes Vorgehen verlangen. Häufig gibt es in der Folge gemeinsame Termine mit den betroffenen Einrichtungen.

Mit dem Medizinischen Dienst finden Terminabsprachen über gemeinsame Prüfungen statt.

5. Mitwirkung und Mitbestimmung

Hinweis: Stichtag der Datenerhebung ist der Tag der Regelprüfung

| Stationäre Einrichtungen mit rechtlich vorgeschriebenem Bewohnerbeirat | Anzahl der Ein- richtungen mit vorge- schriebe- nem Beirat | davon mit gewähltem Bewohner- beirat | oder Ersatz- gremium | oder Bewohner- fürsprecher /in |
|---|---|--|----------------------------|---|
| 1. Berichtsjahr | | | | |
| Altenpflege | 54 | 40 | 1 | 13 |
| EGH | 45 | 39 | 0 | 6 |
| gesamt | 99 | 79 | 1 | 19 |
| 2. Berichtsjahr | | | | |
| Altenpflege | 54 | 42 | 1 | 11 |
| EGH | 43 | 39 | 0 | 4 |
| gesamt | 97 | 81 | 1 | 15 |

III. Anhang

Erreichbarkeit der Aufsicht (Adresse, Ansprechpartner, Telefon, Fax, E-Mail)

Die Aufsichtsbehörde nach dem Selbstbestimmungsstärkungsgesetz beim Kreis Rendsburg-Eckernförde ist dem Fachdienst Gesundheitsdienste angegliedert.

Anschrift der Aufsichtsbehörde: Kaiserstr. 8, 24768 Rendsburg

Fax-Nr.: 04331/202-565

E-mail: heimaufsicht@kreis-rd.de

Ansprechpartnerinnen:

Frau Wille Tel.: 04331/202-256 E-Mail: heike.wille@kreis-rd.de

Frau Agger Tel.: 04331/202-444, E-Mail: imke.agger@kreis-rd.de

Frau Peetz Tel.: 04331/202-247, E-Mail: marion.peetz@kreis-rd.de

Frau Fleischmann Tel.: 04331/202-583, E-Mail: ramona.fleischmann@kreis-rd.de

Frau Ulrike Zimmermann (ab 01.04.2019)

Frau Blunck (Pfk.) Tel.: 04331/202-366, E-Mail: birgit.blunck@kreis-rd.de

Frau Gaumert (Pfk.) Tel.: 04331/202-1263, E-Mail: doerte.gaumert@kreis-rd.de

Frau Rohweder (Pfk) Tel.: 04331/202-246, E-Mail: franziska.rohweder@kreis-rd.de